



Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz

Gemeinsame Pressemitteilung des Ministeriums für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt, des Oberlandesgerichts Naumburg und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Ausstellung beleuchtet Arbeit der Justiz in Sachsen-Anhalt in der Nachkriegszeit / Justizministerin Weidinger: Aufarbeitung stärkt Bewusstsein für den Rechtsstaat

Im Oberlandesgericht Naumburg im Burgenlandkreis ist von Sachsen-Anhalts Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz, Franziska Weidinger, dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Naumburg, Dr. Uwe Wegehaupt und dem Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Dr. Kai Langer, die Wanderausstellung „**Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR - Sachsen-Anhalt**“ eröffnet worden.

Diese wird als gemeinsames Kooperationsprojekt vom Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt und der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt präsentiert. Erarbeitet wurde die Ausstellung von den Gedenkstätten ROTER OCHSE Halle (Saale), Moritzplatz Magdeburg und Deutsche Teilung Marienborn.

Sachsen-Anhalts Justizministerin Franziska Weidinger: „Die Ausstellung leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Arbeit der Justiz in Sachsen-Anhalt nach 1945. Die Schau verdeutlicht eindrucksvoll, wozu Strafverfolgung führt, wenn sie der Zuständigkeit einer rechtsstaatlichen Justiz und der Kontrolle durch legitimierte staatliche Stellen entzogen ist. Die Ausstellung stärkt mit der Aufarbeitung der Geschehnisse in der Nachkriegszeit das Bewusstsein für unseren Rechtsstaat und das Handeln der Justiz. Ich danke allen Beteiligten für die wissenschaftliche Arbeit im Vorfeld sowie die Vorbereitung und die Organisation.“

Der **Präsident des Oberlandesgerichts Naumburg, Dr. Uwe Wegehaupt:** „Es ist wichtig, dass wir auch die Vergangenheit der Justiz im Land nicht außer Acht lassen. Die Ausstellung sensibilisiert und regt zum Nachdenken an. Ich freue mich, dass die neue Wanderausstellung im Oberlandesgericht Naumburg startet, der höchsten Instanz der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Sachsen-Anhalt.“

Dr. Kai Langer, Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt: „Die Wanderausstellung thematisiert das Agieren der sowjetischen Geheimdienste und der Militärjustiz für die Jahre 1945 bis 1952 im damaligen Sachsen-Anhalt. Es werden die Grundzüge der sowjetischen Besatzungspolitik nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Mitteldeutschland vorgestellt und ein Überblick über das von den Sicherheitsapparaten errichtete Netz von Haftorten vermittelt. Außerdem werden Betroffene und ihre Schicksale vorgestellt, die verdeutlichen, gegen welche Personengruppen und zu welchem Zweck mittels Inhaftierung und militärgerichtlicher Verfahren vorgegangen wurde.“

Es werden etwa Biografien von Menschen dargestellt, die ohne Urteil über Jahre in sowjetischen Speziallagern wie Mühlberg und Sachsenhausen festgehalten wurden, wo bis Februar 1950 ein Drittel der rund 120.000 Inhaftierten verstarb. Daneben stehen Menschen, darunter Jugendliche, im Fokus, gegen die Militärtribunale nach politischen Kriterien und auf der Grundlage oftmals unterstellter konstruierter Tatvorwürfe zumeist langjährige Strafen verhängten.

Hiervon betroffen waren auch sechs Jugendliche aus Naumburg. Ihnen wurden Ende 1945 auf dem Heimweg von einer Tanzveranstaltung gesungene Lieder zum Verhängnis. Der Gruppe wurde vorgeworfen Anschläge gegen die Besatzungsmacht geplant zu haben. Gegen den 18 Jahre alten Kaufmannslehrling Fritz Neitzel und den 22 Jahre alten Heinz Peter verhängte ein Militärtribunal die Todesstrafe. Die Todesurteile wurden im Februar 1946 vollstreckt.

Die Ausstellung wird bis zum 23. November 2022 im Oberlandesgericht Naumburg gezeigt und ist von Montag bis Donnerstag von 09:00 bis 15:00 Uhr sowie Freitag von 09:00 bis 12:00 Uhr zugänglich. Es werden neben Führungen, Vorträgen und Diskussionen auch pädagogische Formate für Schülerinnen und Schüler angeboten.

Vom 29. November 2022 bis zum 9. Januar 2023 wird die Ausstellung im Landtag von Sachsen-Anhalt am Domplatz in Magdeburg zu sehen sein.

Weitere Informationen zur Ausstellung: lsaurl.de/sbzjustiz

Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt
Pressesprecher Danilo Weiser
Domplatz 2 - 4
39104 Magdeburg
Tel: 0391 567-6235
Fax: 0391 567-6187
Mail: mj.presse@sachsen-anhalt.de
Web: www.mj.sachsen-anhalt.de